

# Erneuerbare Energien statt Atom und CCS

Bundestreffen der CO<sub>2</sub>-Verpressungs-Gegner in Salzwedel setzte Zeichen

Von Holger Benecke

**Salzwedel.** Die alte Hansestadt stand am Wochenende ganz im Zeichen des Bundestreffens der Bürgerinitiativen (BI) und Umweltverbände, die gegen Kohlekraftwerke und CCS sind. CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) ist die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung – für die Aktivisten eine Risikotechnologie. Prominentester Gast war der Deutsch-Amerikaner Jeffrey H. Michel, der wohl versierteste Forscher auf diesem Gebiet weltweit.

Die gastgebende BI „Kein CO<sub>2</sub>-Endlager Altmark“ sowie auch die anderen Teilnehmer befürchten, dass nach der Fukushima-Katastrophe CCS als nächste Risikotechnologie installiert wird. Sie fordern von den Bundestagsabgeordneten aller Parteien, ein Verbotsgesetz gegen die CO<sub>2</sub>-Verpressung zu verabschieden.

Auch auf Landesebene sollen sich die Politiker vehement gegen die CCS-Technologie positionieren. Beim Salzwedeler Bundestreffen in der Gastwirtschaft „Eisen Carl“ waren die



Vertreter von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden scharften sich während ihres Bundestreffens in Salzwedel um Dorothea Frederking (Mitte) vom Bündnis 90 / Grüne-Landesvorstand. Foto: Benecke

Landtagsabgeordneten Dorothea Frederking (Bündnis 90 / Grüne) und Uwe Harms (CDU) dabei.

Von der Europäischen Union verlangen die Initiativen und Verbände, dass es für die für CCS bereitgestellten Fördermit-

tel keine Fristverlängerung mehr gibt. „Die für CCS vorgesehenen Mittel sollen für die Weiterentwicklung von Energieeffizienz und erneuerbare Energien eingesetzt werden“, machte BI-Sprecher Lothar Lehmann als Ergebnis des Bun-

destreffens deutlich. Und weiter: „Keine neuen Tagebaue, kein Neubau von Kohlekraftwerken. Deutschland soll stattdessen seine Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien weiter ausbauen“, so die Botschaft aus der Altmark.

## Energiewende – mit welchem Geld?

Regierung will Abschied von Atomkraft mit Milliardenprogrammen beschleunigen

**BERLIN (dpa)** • Die Bundesregierung will nach der Katastrophe von Fukushima die Energiewende weg von der Atomkraft mit Milliardenprogrammen beschleunigen.

Offen ist, wie die Pläne von Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und seinem Wirtschaftskollegen Rainer Brüderle (FDP) bezahlt werden sollen. Schwieriger könnte der Umstieg auch werden, weil die Atomkonzerne dem Milliarden-Fonds

zur Förderung regenerativer Energien den Geldhahn zudehnen werden.

Die vier Atomkraftwerksbetreiber RWE, Eon, Vattenfall und EnBW begründeten den Zahlungsstopp mit der Bindung der Leistungen an die Laufzeitverlängerung für die Meiler. Die Regierung hatte die Laufzeitverlängerung nach der Atomkatastrophe bis Mitte Juni ausgesetzt und sieben ältere Meiler vorübergehend vom Netz ge-

nommen. Bis dahin soll entschieden sein, welche Kraftwerke wieder angefahren werden können.

Die Regierung reagierte gelassen auf die Ankündigung der Betreiber. Man werde die finanziellen Auswirkungen des Laufzeiten-Moratoriums prüfen, sagte eine Sprecherin. „Klarheit darüber wird es letztendlich erst mit der Neuausrichtung der Energiepolitik geben.“ Die Regierung hatte insgesamt mit

Einnahmen von 16,9 Milliarden Euro für den Ökofonds gerechnet. Scharfe Kritik an den Konzernen kam von SPD, Grünen und Linken.

Bei der anvisierten Energiewende soll die Windkraft eine Hauptrolle spielen. Das geht aus dem Sechs-Punkte-Papier Röttgens und Brüderles hervor. Noch im Frühjahr soll ein Sonderprogramm mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro für Windparks vor der Küste starten.